Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 7.50.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich mit Ausnahme nach Sonn- und Festtagen ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
(nur Wochentags)
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

№ 428. **Donnerstag** den 5. September **1895.** **89. Jahrgang.**

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Wegen Einlegung von Gleisen für die elektrische Straßenbahn wird **die Quer-Straße**
in ihrer Ausdehnung vom Johannisplatze bis zur Gellertstraße
vom 6. dieses Monats ab
bis auf Weiteres **für allen Fahrverkehr gesperrt.**
Leipzig, am 4. September 1895.
IX. 4791. **Der Rath der Stadt Leipzig.**
Dr. Georgi. Maneck.

Wegen Reinigung der Räume des Leihhauses und der Sparcasse werden diese
am Mittwoch, den 11. September 1895,
für den Geschäftsverkehr geschlossen sein.
Leipzig, den 3. September 1895.
Des Raths Deputation für Leihhaus und Sparcasse.

Bekanntmachung.

Die Ausgabe der Synagogenkarten findet
Donnerstag, den 5. September 1895,
Nachmittag 3—4 Uhr
und
Freitag, den 6. September 1895,
Nachmittag 3—4 Uhr
im Synagogengebäude, eine Treppe hoch, statt.
Wir bitten bei Empfangnahme der Karten **die bisherigen Karten und die diesjährigen Gemeindesteuerquittungen** mitzubringen.
Leipzig, den 4. September 1895.
Der Vorstand der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig.

Zur Rentenconversion.

Q. Es gewinnt nunmehr den Anschein, als ob die deutsche und die preußische Regierung zur Vornahme von Rentenconversionen entschlossen wären. Einer officiösen Andeutung, der vor etwa einer Woche durch die Blätter ging, folgt nunmehr der „Hamb. Corr." mit der Bemerkung, „es liege die Annahme nahe, daß in den nächsten Tagungen der parlamentarischen Körperschaften die Frage der Umwandelung der 4 proc. Reichs- und preußischen Anleihen in den Vordergrund tritt". Es wird hinzugefügt, daß die Verwandelung sich mit voller Sicherheit durchführen lassen werde, eine Ansicht, der man vernünftiger Weise nicht entgegentreten kann. Liegt doch die einzige Rechtfertigung für die gewaltige Umwälzung, die die Conversion zur Folge haben wird, in dem Umstande, daß der Zinsfuß auf einen Stand gesunken ist, der die Gewährung von 4 Proc. an die Staatsgläubiger als eine unstatthafte Bevorzugung derselben erscheinen läßt.

Ob nicht trotzdem die Hinausschiebung der Maßregel im volkswirthschaftlichen Interesse vorzuziehen sei, ist eine Frage, für deren Entscheidung die Regierungen die Verantwortung tragen müssen. Es ist anzuerkennen, daß nach der, wie man annehmen muß, geplanten Conversion der 4procentigen Consols in 3½procentige der preußische Staat eine Schuld von rund 5 Milliarden noch mit einem halben Procent höher verzinsen würde, als er genöthigt wäre. Die sodann glatt erfolgte Herabsetzung des Zinsfußes von Pfandbriefen auf 3 Procent hat gezeigt, daß das Publicum sich mit dieser Rente begnügt, wenn es muß. Aber es handelt sich im Reiche um 450, in Preußen um rund 3500 Millionen (rund 2 Milliarden preußischer Consols sind bereits als 3½procentige ausgegeben worden), also um die Riesensumme von 4 Milliarden, die durch das Rückzahlungsangebot des Staates mobilisirt werden. Sehr viele Inhaber von Staatspapieren werden sich mit dem herabgesetzten Zinsfuß um so weniger zufrieden geben, als eben jetzt ein Speculationsfieber, ähnlich dem von 1889, grassirt und dem Publicum von der Betheiligung an außerdeutschen Unternehmungen goldene Berge versprochen werden. Daß von den Zinsersparnissen, die Reich und Staat machen werden, ein gut Theil sich in Verluste für das Nationalvermögen umwandeln werde, steht für Jeden, der die Natur des deutschen Kleincapitalisten kennt, unumstößlich fest. Man weist allerdings darauf hin, daß seit geraumer Zeit eine „freiwillige Conversion" der höher verzinslichen Staatspapiere in dreiprocentige durch Baisse an der Börse stattgefunden habe; aber an dieser Operation dürften sich überwiegend nur große Capitalisten betheiligt haben.

Sollte die Verminderung des Einkommens einer großen Anzahl von Staatsbürgern unabwendbar sein, so bliebe doch dringend zu wünschen, daß die Maßregel unter dem Gesichtspuncte erfolgt, daß der Staat keinen erheblich höheren Zinsfuß bewilligen dürfe, als Private. In Preußen, wo bei der hohen Schuldsumme sehr erhebliche Ersparnisse in Aussicht stehen, soll dies auch geschehen. Im Reiche aber scheint eine nicht unbedenkliche Planmacherei mit der Conversion verbunden werden zu sollen. Der „Hamb. Corr." schreibt nämlich: „Der Nennbetrag 4procentiger Reichsanleihe beträgt nur 450 Millionen Mark. Die Zinsersparniß von ½ oder 1 Procent würde für das Reichsbudget nicht viel bedeuten. Wenn dagegen das Reich, wozu das Gesetz vom 8. Juni 1871 die Befugniß ausdrücklich vorbehält, dazu schreitet, die umlaufenden 450 Millionen mit 4 Procent verzinslicher Reichsanleihe als 3procentige Reichs-Prämienanleihe neu auszugeben, ist nicht nur eine für die Reichsfinanzen der nächsten Jahre ausgiebige günstige Wirkung zu erzielen, sondern im Wesentlichen alles Dasjenige zu erreichen, was die sogenannte Miquel'sche Reichs-Finanzreform vergeblich angestrebt hat. Eine 3procentige Reichs-Prämienanleihe wäre zum Course von 120 Procent nicht nur zu begeben, sondern sie erschiene zu diesem Preise ganz außerordentlich wohlfeil begeben. Durch ihre Schaffung würde eine einmalige außerordentliche Einnahme von 90 Millionen Mark der Reichscasse zugeführt."

Also eine auf die Spielsucht berechnete Lotterieanleihe. Eine solche aufzunehmen, ist dem Reich in dem Gesetze von 1871 allerdings nicht untersagt. Aber dieses Gesetz ging davon aus, daß Prämienanleihen wirthschaftlich und sittlich bedenklich seien, und wenn es das Reich nicht hinderte, sich dieser Form des Schuldenmachens zu bedienen, so geschah es in der Erwägung, daß eine solche Vorschrift nichts nützen würde, da die Reichsgesetzgebung jederzeit das Gesetz abzuändern in der Lage wäre. Den Bundesstaaten aber gestattet jenes Gesetz die Aufnahme von Lotterieanleihen nur dann, wenn sie durch Reichsgesetz dazu ermächtigt sind, es durchbricht also die Finanzhoheit der Einzelstaaten — ein Beweis, wie ernst der Gesetzgeber vor 24 Jahren über diese Dinge gedacht hat. Wir wünschen dem Reich ein besseres Jubiläumsgeschenk als ein Lotterie-Unternehmen, selbst in der milderen Form der verzinslichen Prämienanleihe.

Deutsches Reich.

* **Berlin,** 4. September. Die „Köln. Ztg." wendet sich gegen die Annahme, daß der Kaiser in seiner Rede ein neues „Umsturzgesetz" habe ankündigen wollen: „Wenn man seine Worte sehr aufmerksam durchliest, so muß man sagen, daß es einiger Auslegungskunst bedarf, um das in die kaiserlichen Worte hineinzulegen. Der Kaiser fordert nicht den Reichstag, sondern das gesammte Volk auf, die Angriffe der Socialdemokraten zurückzuweisen, und in der That wird es in letzter Linie nur dieses ganze Volk sein, das der Socialdemokratie Herr werden kann, wenn sich nur Jeder, soweit es an ihm ist, sich dieser Pflicht klar bewußt wird. Wenn alle Andern fest und entschlossen gegen die Socialdemokratie einstehen, so kann diese dagegen unmöglich aufkommen und muß unterliegen, denn nicht den mindesten Theil ihrer Kraft zieht sie aus der Uneinigkeit und Verfeindung der Parteien und aus der Selbstsucht, die die Einzelnen verhindert, neben ihren eigenen kleinen und selbstischen Wünschen auch das Wohl des Ganzen im Auge zu behalten und dies als die erste und vornehmste Sorge zu betrachten. Diesem Zustande abzuhelfen, das scheint uns die Absicht des Kaisers gewesen zu sein, als er den Trinkspruch auf die Garden ausbrachte. Der Kaiser hat so offen und klar gesprochen, daß gar nicht daran zu denken ist, er habe unter diplomatischen Worten seine wahre Ansicht verbergen wollen. Hätte er ein Umsturzgesetz verlangt, so würde er es auch klar und deutlich ausgesprochen haben und an die gesetzgeberischen Factoren, nicht an das Volk, appellirt haben. An dem Volke wird es sein, sich diese Worte zu Herzen zu nehmen, aber auch die Regierung wird sie nicht ungehört verhallen lassen dürfen."

* **Berlin,** 4. September. Die „Nat.-Lib.-Corr." widmet Friedrich Kiefer folgenden Nachruf: „Zu den vielen Verlusten, welche die nationalliberale Partei neuerdings in den Reihen ihrer alten Vorkämpfer erlitten hat, ist ein neuer und der schwersten einer hinzugetreten: Der Führer der badischen Nationalliberalen, Friedrich Kiefer, ist plötzlich dahingerafft worden. Trotz seiner 65 Jahre und seiner geschwächten Gesundheit war er noch immer der Mann, an der Spitze seiner Freunde in den eben beginnenden Kampf für die Landtagswahlen zu ziehen. Eine markige Persönlichkeit, getragen von hohem sittlichen Ernst, ausgestattet mit einer umfassenden Bildung, durchglüht von begeisterter Vaterlandsliebe und begabt mit einer kraftvollen Beredsamkeit, so hat Kiefer ein Menschenalter hindurch die politische Führung der besten Schichten des badischen Bürgerthums in Händen gehabt. In dieser Stellung hat er die segensreiche gemäßigt-liberale Gesetzgebung seines Heimathlandes durchführen und befestigen helfen und bis zu seinem letzten Lebenstage haben die reactionairen Bestrebungen der von einem Häuflein verblendeter Demokraten unterstützten ultramontanen Partei keinen entschlosseneren und unerschütterlicheren Gegner gehabt, als ihn. Doppelt hart betroffen stehen darum die Männer, welche mit ihm die Errungenschaften der modernen Entwickelung Badens zu vertheidigen berufen waren, an seinem Grabe. Aber für das Beste, was Kiefer in seinem öffentlichen Leben geleistet, gebührt ihm der Dank nicht nur der badischen Freunde, nein, der ganzen nationalliberalen Partei, ja aller national gesinnten Männer Deutschlands. Er ist in den Jahren nach 1866 neben Lamey und Eckhardt die eigentlich treibende Kraft gewesen, als es galt, von Baden aus die Nothwendigkeit der Vollendung des deutschen Nationalstaats immer von Neuem zum Bewußtsein zu bringen und so die Gemüther der Süddeutschen für die große Schicksalsstunde vorzubereiten. In Wort und Schrift hat er in jenen Zeiten ohne Unterlaß für die Verwirklichung des patriotischen Ideals gestritten, und unvergessen soll ihm vor Allem bleiben, wie er zwei Tage nach der Capitulation von Sedan in Mannheim eine große Volkskundgebung veranstaltete, welche feierlich die Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands forderte. Nun hat ihn mitten in der nationalen Jubelfeier die Hand des Todes berührt, in dem Augenblicke, da er die Gefühle und Gesinnungen jener großen Zeit in dem heutigen Geschlechte neu zu beleben im Begriffe stand — für die Idee des deutschen Reiches kämpfend, hat er gelebt und ebenso ist er gestorben. In der That, ein Leben des Kampfes ist es gewesen, das hier zu Ende gegangen, des Kampfes nicht nur gegen politische Feinde, sondern auch gegen den eigenen Menschen. Von Jugend an hat Kiefer mit Krankheit viel zu kämpfen gehabt. Um so bewundernswerther ist die nie erlahmende Energie, mit der er bis zum Ende der patriotischen Pflichterfüllung obgelegen hat. So, als das leuchtende Vorbild eines echten deutschen Patrioten, wollen wir ihn im Gedächtniß behalten!"

* **Berlin,** 4. September. An die Anwedelung der französischen „Brüder" durch die socialdemokratischen Vertrauensmänner Berlins, über die wir schon berichtet haben, knüpft der „Vorwärts" die Wiedergabe jener famosen Kundgebung, die „kurz vor Ausbruch des Krieges auf Anregung der französischen Mitglieder der Internationalen Arbeiterassociation, mit Tausenden von Unterschriften bedeckt, an die deutschen Arbeiter gerichtet wurde", und in der es heißt:

„Der Krieg für eine Frage des politischen Uebergewichts oder für dynastische Interessen ist in den Augen der Arbeiter nur mehr eine verbrecherische Absurdität. In Beantwortung der kriegerischen Rufe, welche von Denen ausgehen, die stets die Blutsteuer erhöhen und in dem öffentlichen Unglück eine Quelle für neue Speculationen finden, erheben wir, die wir den Frieden, die Arbeit und die Freiheit wollen, Protest. Wir protestiren gegen die systematische Zerstörung der menschlichen Rasse, gegen die Plünderung des Volksvermögens, das nur dazu dienen soll, den Boden und die Industrie zu befruchten, gegen die Vergießung des Blutes, das zur verabscheuungswürdigen Befriedigung der Eitelkeit, der Eigenliebe, des verletzten monarchischen Ehrgeizes dahingegeben wird. Mit aller Energie erheben wir Protest gegen den Krieg als Menschen, als Arbeiter, als Bürger. Der Kampf weckt nur wilde Instincte und Nationalhaß, er ist das versteckte Mittel der Regierenden zur Unterdrückung der öffentlichen Freiheit. Der Krieg ist die Zerstörung des Reichthums, welcher das Resultat unserer täglichen Arbeit ist. Deutsche Brüder! Im Namen des Friedens hört nicht die Stimme der bezahlten oder sterilen Federn, welche Euch über den wahren Geist Frankreichs zu täuschen suchen. Bleibt taub bei den unsinnigen Provocationen, denn Krieg zwischen uns würde Bruderkrieg sein. Bleibt ruhig, wie es ein tapferes und beherztes Volk bleiben kann, ohne seiner Würde etwas zu vergeben. Unsere Spaltung würde nur auf beiden Seiten des Rheins den Triumph des Despotismus fördern."

Zu unserem Glück, bemerkt die „N. A. Z." zutreffend, ist man in Deutschland nicht so einfältig gewesen, auf diese feierlichen Versicherungen hinsichtlich der „wahren Gesinnung Frankreichs" nur einen Deut zu geben. Im Uebrigen ist es schade, daß der „Vorwärts" uns nicht zugleich darüber belehrt, wie sich die Tausende von Unterzeichnern dieser Kundgebung während des Krieges verhalten haben, ob sie im der französischen Armee gekämpft, oder ob sie erst nach Beendigung des Krieges in dem Commune-Aufstand durch Erschießung von Geißeln, Einäscherung öffentlicher Gebäude, Mord, Raub und Plünderung und sonstige Acte der „wilden Instincte", neben allerhand Narrenspossen der „Befriedigung persönlicher Eitelkeit", ihrem Abscheu gegen Blutvergießen und die in der obigen Kundgebung gebrandmarkten Begleiterscheinungen des Krieges Ausdruck gegeben haben!

‡‡ **Berlin,** 4. September. Wie schon in Aussicht gestellt, hat das Reichs-Versicherungsamt jüngst den Vorständen der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalten das Ergebniß der Rentenvertheilung für das Jahr 1894 zugestellt. Danach betrugen die Invalidenrenten in dem genannten Jahre schon etwa 29 Prec. der Rentenzahlungen überhaupt. Es wurden insgesammt 34,6 Millionen an Renten gezahlt, wovon 24,4 auf die Alters- und 10,2 Millionen auf die Invalidenrenten entfielen. Von den Altersrentenzahlungen wurden vom Reiche 9,6, von den Versicherungsanstalten 14,8 Millionen, von den Invalidenrenten vom Reiche 4,2, von den Versicherungsanstalten 6 Millionen erstattet. Legt man bei einer Vergleichung der Belastung der einzelnen Bundesstaaten die Bevölkerungsziffern vom 1. December 1890 und die Zahl der nach der Berufsstatistik vom 5. Juni 1882 als versicherungspflichtig anzusehenden Personen zu Grunde, so ergiebt sich, daß für Preußen auf den Kopf der Bevölkerung an Rentenzahlungen 78,9 ₰, auf den der versicherungspflichtigen Bevölkerung 339,0 ₰, für Bayern 60,5 bezw. 254,7 ₰, für Sachsen 55,0 bezw. 216,8 ₰, für Württemberg 41,6 bezw. 220,0, für Baden 48,3 bezw. 245,1, für Hessen 48,8 bezw. 249,8, für die beiden Mecklenburg 110,2 bezw. 386,3, für die Thüringischen Staaten 51,5 bezw. 225,6, für Oldenburg 44,9 und 205,5, für Braunschweig 63,3 und 243,4, für die Hansastädte 40,0 und 181,9, für Elsaß-Lothringen 61,0 und 266,2 ₰ entfallen. Für das ganze Reich stellt sich durchschnittlich das Verhältniß auf 70,1 und 302,8 ₰.

Y. **Berlin,** 4. September. (Telegramm.) Der **Kaiser** ist gestern Abend aus Schlesien im Neuen Palais wieder eingetroffen. Heute Vormittag hat er nach Entgegennahme der regelmäßigen Vorträge sich zur Jagd nach Rudow begeben. Er wird Abends von dort nach dem Neuen Palais zurückkehren.

Y. **Berlin,** 4. September. (Telegramm.) Nicht nur die letzte Sonntagsnummer, sondern auch Nr. 191 des **„Vorwärts"** wurde heute wegen Majestätsbeleidigung ꝛc. nachträglich confiscirt. Der „verantwortliche" Redacteur Pfund ist heute früh 7 Uhr verhaftet worden. Die Polizeibehörden erhielten dringenden telegraphischen Auftrag, die beschlagnahmten Exemplare in den Schanklocalen zu entfernen; es wurden nicht mehr viele gefunden.

Y. **Berlin,** 4. September. (Telegramm.) Der „Reichsanz." meldet folgende **Ordensverleihungen:** das Großkreuzes des Rothen Adler-Ordens mit Eichenlaub, Schwertern und Krone dem General v. Wittich, des Rothen Adler-Ordens 1. Cl. mit Eichenlaub und Schwertern am Ringe dem General v. Holleben, des Rothen Adler-Ordens 2. Cl. mit Eichenlaub und Schwertern am Ringe den Generalmajoren v. Stern und v. Bismarck, des Rothen Adler-Ordens 2. Cl. mit Eichenlaub dem General v. Bardeleben, des Kronen-Ordens 1. Cl. dem Generallieutenant Wernher, des Kronen-Ordens 2. Cl. mit dem Stern dem Generalmajor v. Merscheidt-Hüllessem.

B. **Berlin,** 4. September. (Privattelegramm.) Der **Polizei-Präsident** hat folgenden Tagesbefehl erlassen.

„Seine Majestät der Kaiser und König haben gestern Abend vor seiner Abreise nach Schlesien Gelegenheit genommen, neben seiner Freude über die patriotische Haltung und Stimmung der Berliner Bevölkerung in den letztvergangenen Festtagen seine besondere Zufriedenheit mit den außerordentlichen Leistungen der Berliner Schutzmannschaft mir gegenüber Ausdruck zu geben, und mich beauftragt, die allerhöchste Anerkennung und seinen allerhöchsten Dank den Beamten mitzutheilen. Es gereicht mir zur Ehre und Freude, mich dieses allerhöchsten Auftrages zu entledigen in dem Vertrauen, daß der kaiserliche Dank dazu beitragen wird, das Gefühl für gewissenhafte Pflichterfüllung zu stärken und zu erhalten.
Berlin, den 3. September 1895.
Der Polizei-Präsident.
(gez.) von Windheim."

B. **Berlin,** 4. September. (Privattelegramm.) Zu Ehren des General-Feldmarschalls **Grafen Blumenthal** fand gestern Abend im Hotel „Reichshof" ein Festmahl statt. Der König von Württemberg führte den Helden des Tages in den Festraum. Graf Blumenthal nahm zur Linken des Königs Platz, zu dessen Rechten der Fürst von Hohenzollern saß. Während der Tafel brachte der König von Württemberg zunächst den Trinkspruch auf den Kaiser aus und feierte dann den Grafen Blumenthal. Dieser dankte und widmete sein Glas der Kaiserin Friedrich. Gerade in dem Momente, da der greise Heerführer sprach, traf ein telegraphischer Gruß der Kaiserin Friedrich bei der Gesellschaft ein. Zur Ueberraschung der Herren erschien um 9 Uhr auch der Kaiser.

B. **Berlin,** 4. September. (Privattelegramm.) Die „Post" schreibt: Die Centralisation der Herstellung von **Bekleidungsgegenständen für die Armee** dürfte nach Ablauf des Etatsjahres wiederum eine wesentliche Förderung erfahren. Im nächsten Etat der Heeresverwaltung würden, wie verlautet, die zur Einstellung der bisherigen Regimentsschuhmachermeister bei den Corpsbekleidungsämtern nöthigen Forderungen enthalten sein.

— An den Kaisermanövern nehmen weiter Theil: Prinz Victor von Italien mit dem Adjutanten Grafen di Robilant und Feldmarschall Lord Roberts.

— Der commandirende Admiral Knorr hat nachstehenden Tagesbefehl an die Herbstübungsflotte erlassen: „Bei der Ueberfahrt von Wilhelmshaven nach hier (Kiel) haben die Torpedoboote der A-, B- und C-Division infolge des herrschenden stürmischen Wetters und des hohen Seeganges vielfache Schäden und Havarien erlitten. Es ist leider auch zum ersten Male seit Vorhandensein von Torpedobooten in unserer Marine der Verlust eines solchen durch Kentern eingetreten. 13 Mann der Besatzung von S 41 haben in Ausübung ihres Dienstes den Tod in den Fluthen gefunden. Ich beklage mit der gesammten Flotte den Unglücksfall auf das Tiefste. Das Verhalten der Officiere und Mannschaften bei diesem Unglücksfall wie bei den anderen vorgekommenen schweren Havarien hat bewiesen, daß Officiere wie Mannschaften, wie es ihre Pflicht und wie ich es nicht anders erwartet habe, in den kritischen Lagen stets bereit sind, den bedrängten Kameraden mit Aufopferung der eigenen Sicherheit Hilfe zu bringen. Wir verdanken die Errettung von zwei Officieren und vier Leuten der Besatzungen von S 41, S 58, S 59 und S 63 der Unerschrockenheit und dem geschickten seemännischen Manövriren der Torpedobootscommandanten und der trefflichen Unterstützung der betreffenden Besatzungen."

— Von der Feier des Sedantages in Berlin sagt auch die demokratische „Frankf. Ztg.", daß sie „durchaus den Charakter eines mit Freuden begangenen allgemeinen Nationalfesttages trägt". Das genannte Blatt entnimmt freisinnigen Blättern folgende Schilderung:

„Wer unbefangenen Sinnes die Straßen der prächtig geschmückten Hauptstadt durchwandert, wer in die freudestrahlenden Gesichter der Alten und der Jungen blickt, der muß von diesem unmittelbaren Ausbruch der Volksbegeisterung mit hingerissen werden. Die Wogen des allgemeinen Jubels reißen den Einzelnen willenlos fort. Das ist eben das untrügliche Zeichen der Echtheit solch' einer allgemeinen Empfindung, die sich in einem Volksfeste bekundet. Möge die gehobene Feiertagsstimmung des deutschen Volkes noch lange, lange in das zweite Vierteljahrhundert des neuerstandenen Reiches hinein nachhallen und nachklingen."

— Der „Vorwärts" behauptet, die Briefe an Herrn von Hammerstein hätten ihm im Original vorgelegen.

— Die Ernennung des anläßlich seiner Thätigkeit beim Abschlusse des deutsch-österreichischen Handelsvertrages vielgenannten Wirklichen Geheimen Oberregierungsraths v. Huber (vom Reichsamte des Innern) zum Präsidenten des Patentamts steht nach der „Schl. Z." sicher bevor.

— Die agrarische „Deutsche Tageszeitung" ist zum Kampf gegen die Socialdemokratie bereit. Aber:

„Das Erste, was noththut, ist eine energische Wirthschaftspolitik zu Gunsten des Mittelstandes in Landwirthschaft und Gewerbe. Das ist nicht nur ein Weg, der zum Ziele führen kann, das ist vielmehr der einzige Weg, der unser Volk vor dem Versall retten kann. Hört man nicht auf uns, so wird der „Radderadatsch" nicht von heut auf morgen eintreten, aber wie es heute schon bröckelt, so wird es weiter bröckeln, bis es — zu spät sein wird!"

+ **Altenburg,** 3. September. Nach dem Berichte des Fabrikinspectors für das Herzogthum unterstanden seiner Aufsicht im vergangenen Jahre 458 Anlagen mit insgesammt 16 324 Arbeitern. Gegen das Vorjahr sind dies 11 Anlagen weniger, aber 1231 Arbeiter mehr.

* **Aus Württemberg,** 3. September. Bezeichnend für die Haltung Württembergs im Bundesrathe gegenüber den günstlerischen Bestrebungen ist die Warnung vor diesen, die Ministerpräsident Dr. Freiherr v. Mittnacht bei der vorgestrigen Eröffnung der Bezirksgewerbeausstellung in Mergentheim deutlich genug ausgesprochen hat. Der Minister, der jetzt den Bezirk Mergentheim seit 34 Jahren im Ständehause vertritt, führte als Ehrenpräsident der Ausstellung aus, daß der Mittelstand sich allenthalben zu rühren habe, um für die Existenz zu kämpfen; aber nicht durch „Rückkehr zu veralteten Einrichtungen, welche nicht die Ursache früher bestandener günstigerer Verhältnisse gewesen sind, sondern durch zeitgemäße Vereinigung und Organisation, durch Vertretung des Handwerks in den Handels- und Gewerbekammern oder durch Errichtung eigener Handwerkerkammern, durch Selbstthätigkeit, durch soliden Gewerbebetrieb, durch Hebung der Kenntnisse, der Ideen, der beruflichen Bildung, namentlich auch der Jugendbildung durch Fachschulen und dergl., durch Erweiterung des Horizonts der Gewerbetreibenden: Alles unter verständiger, unterstützender und fördernder Mitwirkung der Gesetzgebung im Reich und im Einzelstaat und der Verwaltung." Dabei sollen Landwirthschaft und Gewerbe nicht etwa in eifersüchtigen Gegensatz sich setzen, sie sollen zusammengehen; sie gehören zu einander, sie würden ihre Vortheile schlecht verstehen, wenn jeder nur für sich allein sorgen würde.

* **Augsburg,** 3. September. Die „Augsb. Abendztg." berichtet:

„Unsere Herren Socialdemokraten, die schon seit Monaten unablässig an der Arbeit sind, das Andenken an die großen Siegs- und Rahmestage der Jahre 1870/71 dem deutschen Volke zu verbittern, und die es dabei an mehr oder weniger offenem Sympathisiren mit den damaligen Gegnern, natürlich auf Kosten der Nation, der sie selbst, wenn auch nur der Geburt und nicht der Gesinnung nach angehören, keineswegs fehlen ließen, diese nämlichen Herren Socialdemokraten, die nicht genug höhnen konnten über Ehrensold und Ehrengabe, die man den Veteranen nach „25jährigem Hungern und Darben" zu bieten wage — auch sie verschmähten die Ehrenspende nicht. Unter den Herren Genossen, denen das Geld der Bourgeois doch des Nehmens werth erschien, befand sich sogar einer der hiesigen Hauptagitatoren, der am Sonnabend Abend, geschmückt mit dem als Legitimation dienenden Ehrenzeichen, plötzlich in der Turnhalle auftauchte, um die Ehrengabe einzuheimsen. Also auch hier sind bei den Genossen Theorie und Praxis zwei Dinge, die sich nicht zu decken brauchen."

SLUB
Wir führen Wissen.